

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einchl. Bestellgeld. Anstaltsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags, die Sonntags- und Feiertagsausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwochliche Beilage“, „Brot und Zeit“ und „Wanderfreund“, „Bauer“, „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrer“, „Wort in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Hauptpreisliste 40 Pfennig, Restamtliche 3.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des eingetragenen Wortes 25 Pfennig (zweiwöchentlich 40 Pfennig), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenpreise des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Namensanzeigen für Kleinanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsinhaberstraße 3, wochentags, von 8 1/2 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köndhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Ausperrungsdebatte im Landtag.

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion.

Der Landtag wird sich heute mit der Ausperrung der Metallarbeiter im Ruhrgebiet beschäftigen. Dem Plenum, das um 12 Uhr zusammentritt, liegen bereits Anträge der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten vor. Ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien ist nicht zustande gekommen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hat folgenden Wortlaut:

Die Nordwestgruppe des Arbeitgeberverbandes der Eisenindustrie hat entgegen einem für verbindlich erklärten Schiedsspruch über 200000 Arbeiter entlassen.

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung auszufordern,

1. mit allem Nachdruck auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie dem Schiedsspruch ihrer Vorgänger Nachachtung verschafft und den rechtswidrigen Tarifbruch der Unternehmer zurückweist,

2. mit der Reichsregierung gemeinsam zu prüfen, wie der durch die fribole Massenentlassung entstehende riesengroße Not entgegengewirkt werden kann, insbesondere zu prüfen, wie der Gefahr, die durch das gewaltige Ansteigen der Wohlfahrtskassen für Gemeinden und Gemeindeverbände entsteht, durch rechtzeitiges Eingreifen von Staat und Reich vorgebeugt werden kann.

Die Zentrumsfraktion richtet an die preussische Regierung eine Große Anfrage, die zum Ausdruck bringt, daß bei längerer Dauer der „willkürlichen Entlassungen“ mit einem völligen Er-

liegen der rheinisch-westfälischen Industrie zu rechnen sei. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es bereit sei, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß verbindlich erklärte Schiedssprüche von den Tarifparteien auch durchgeführt werden, daß ferner durch sofortige gesetzliche Maßnahmen die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter erzielt und daß schließlich den entlassenen Arbeitern für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit Arbeitslosenunterstützung gezahlt werde.

In dem kommunistischen Antrag wird die Staatsregierung ersucht, von der Reichsregierung zu fordern, daß an die zur Entlassung gekommenen Metallarbeiter Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird und daß sie keine Genehmigung zur Eisenpreiserhöhung gibt, sowie alle Maßnahmen ergreift, um eine weitere Erhöhung zu verhindern. Das Staatsministerium wird ferner beauftragt, an die in Frage kommenden Gemeinden finanzielle Sonderzuschüsse zu leisten und die Gemeinden zu verpflichten, den entlassenen Metallarbeitern für die Zeit des Kampfes die Differenz zwischen dem zuletzt gezahlten Lohn und der Erwerbslosenunterstützung zu zahlen.

Wann tritt der Reichstag zusammen?

Der Aelterenrat des Reichstags, dessen erste Plenarsitzung für den 13. November vorgesehen war, wird sich heute um 11 Uhr mit der Frage einer sofortigen Einberufung beschäftigen. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei tritt gleichfalls im Laufe des heutigen Tages, die des Zentrums am Mittwoch nachmittag zusammen, um über die durch die Ausperrung geschaffene Lage zu beraten.

Republikaner und Demokraten

Zur amerikanischen Präsidentenwahl am 6. November.

Von Heinrich Ströbel.

Der Kampf um die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist für die kapitalistischen Interessengruppen, die bei diesem Kampfe um die Macht ringen, von großer Bedeutung. Denn der Präsident besitzt in der großen Republik da drüben gewaltige Machtbefugnisse. Er hat die Verfügung über die ganze Bundesverwaltung, die gesamte Bundesbeamtenschaft, Heer und Marine, Bundesfinanzen, Post, Eisenbahn und Handel. Wenn er auch ohne die Hilfe der Senatsmehrheit auf die Dauer nichts ausrichten kann, so hängt doch viel von seiner persönlichen Einstellung und seiner Energie ab. Kein Wunder, daß die Parteien und die um die Macht ringenden Gruppen und Fraktionen dieser Parteien ihr möglichstes tun, um eine Persönlichkeit zum Präsidenten zu machen, die ihren Wünschen entspricht.

In den Vereinigten Staaten gibt es seit Erklärung ihrer Unabhängigkeit nur zwei große Parteien, die um die Macht ringen und sich von Zeit zu Zeit in der Regierung ablösen. Sie nannten sich zuerst Republikaner und Föderalisten, dann Whigs und Demokraten, und dann, von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an, Republikaner und Demokraten. Während der letzten 70 Jahre sind ganz überwiegend die Republikaner an der Herrschaft gewesen. Seit 1860 wurden dreizehnmal ein Republikaner und nur viermal ein Demokrat zum Präsidenten gewählt.

Besagen die Parteimitglieder Republikaner und Demokraten schon an sich wenig, so sind sie für die Vereinigten Staaten erst recht unbestimmt. Die Annahme, daß die Demokraten etwa die radikalere, die Masseninteressen noch drücklicher vertretende Partei seien, trifft weder geschichtlich noch klassenpolitisch zu. Gerade die Südbürger oder Sklavenstaaten standen vor dem Bürgerkrieg hinter der Demokratischen Partei, während die Republikaner für die Aufhebung der Sklaverei eintraten. Und wenn die Haltung der Republikaner auch keineswegs rein ideellen, sondern ausgeprägt ökonomischen und politischen Gründen entsprang — dem wirtschafts- und sozialpolitischen Gegensatz der emporstrebenden amerikanischen Industrie gegenüber den Plantagenbesitzern und antischuldhönerischen Baumwollbaronen des Südens —, so vertrat die nordstaatlichen Republikaner doch im ganzen das fortschrittliche Wirtschaftsprinzip. Die ersten amerikanischen Sozialisten, wie Douai, kämpften für die Regerebefreiung, wie denn auch der Generalrat der Internationale 1864 an den republikanischen Präsidenten Lincoln zu seiner Wiederwahl ein Glückwunschschreiben richtete. Und hatte doch auch Karl Marx im 1. Band seines „Kapital“ geschrieben: „In den Vereinigten Staaten von Amerika blieb jede selbständige Arbeiterbewegung gelähmt, solange die Sklaverei einen Teil der Republik verunstaltete. Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.“

Freilich, als die Südstaaten niedergeworfen und die Neger und Farbigen durch das Gesetz vom 28. Juli 1868 zu gleichberechtigten Bürgern erklärt worden waren — ihre gesellschaftliche Achtung besteht bekanntlich noch heute fort —, führte das zwei Jahrzehnte unbestrittene republikanische Parteiregiment zu schwerer Korruption der Verwaltung und der Politik. Die Wahl des Demokraten Cleveland im Jahre 1884 und zum zweiten Male im Jahre 1892 zum Präsidenten der Republik war die Quittung für die schamlose Bereicherungswirtschaft der Republikaner. Von 1896 bis 1912 kamen dann freilich, weil die Demokraten im Grunde auch nur die gleiche plutokratisch-kapitalistische Politik trieben wie die Republikaner, wieder republikanische Präsidenten ans Ruder: Mc Kinley, Roosevelt (dieser zweimal die vierjährige Amtsperiode) und Taft. Erst 1912 errang wieder ein Demokrat den Sieg, Woodrow Wilson, der auch 1916 wiedergewählt wurde. Aber Wilsons Sieg 1912 war nur der Spaltung der Republikaner selbst (in Republikaner und Progressisten) zu danken. Denn ebenso, wie dann noch einmal im Jahre 1924, kam es bereits 1912 innerhalb des republikanischen Lagers selbst zu einer großen Rebellion. Damals kandidierte Roosevelt als Bannerträger der Progressisten gegen den republikanischen Kandidaten Taft, wobei er mit 4,1 Millionen Stimmen eine halbe Million Stimmen mehr erhielt als sein republikanischer Mitbewerber. Der Demokrat Wilson aber machte infolgedessen das Kennen, obwohl er nur 6,3 Millionen Urwählerstimmen erhalten hatte, gegenüber 7,6 Millionen der Progressisten und Republikaner zusammen.

Bei der Präsidentenwahl des Jahres 1924 hatten die Progressisten in dem Senator La Follette abermals einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der es auf annähernd 4,7 Millionen Stimmen brachte. Der demokratische Kandidat erhielt 8,7 Millionen Stimmen. Trotzdem errang Coolidge mit 15 1/2 Millionen republikanischen Stimmen einen glatten Sieg. Das seit 1920 in Erscheinung tretende Frauenstimmrecht scheint überwiegend den Republikanern zugute gekommen zu sein.

Hugenberg für die Ruhrmagnaten

Das neue Instrument des Himmels. — Ich und ihr.

Der neue Parteivorsitzende der Deutschnationalen, Herr Hugenberg, hat sich gestern würdig in sein Amt eingeführt. Er hat die erste Gelegenheit benützt, um für die großen Rechtsbrecher an der Ruhr einzutreten und in ihrem Kampfe gegen Staat und Volk für sie Partei zu ergreifen. Daß er das in einer sogenannten deutschnationalen „Arbeiterversammlung“ — in der Berliner Backbrauerei, Fildichstraße — tun konnte, erhöht den Reiz der Situation. Es zeigt, was die Deutschnationale Partei Arbeitern bieten zu können glaubt.

Herr Hugenberg beschäftigte sich in dem größten Teil seiner Rede allerdings nicht mit sozialen Angelegenheiten sondern vielmehr im Ton des Größenwahns mit seiner eigenen wertigen Person. Er rühmte sich seiner erfolgreichen geschäftlichen Laufbahn, die ihm Unabhängigkeit verleihe habe und die Fähigkeit, „in entscheidenden Augenblicken mit Hilfe des Himmels mein Schicksal selbst zu gestalten“. „Somit hätten wir an Stelle des alten „Instrumentes des Himmels“, als das sich Wilhelm II. zu rühmen pflegte, ein neues, ja ein noch viel interessanteres. Denn daß es Könige von Gottesgnaden gibt, haben die Kelterer von uns sogar noch in der Schule gelernt. Der Inflationsgewinnner von Gottesgnaden ist dagegen etwas ganz Neues.“

In demselben Ton handelte dann Herr Hugenberg den Kampf an der Ruhr ab:

„Weder mein Finger noch mein Geist spielt dabei die mindeste Rolle. Ich habe mit den maßgebenden Herren vor dem Bekanntwerden ihrer Entschlüsse darüber weder gesprochen noch Briefe geschrieben. Und es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn umitten in dieser ganzen großen Not auch noch solche umerzten Kämpfe entstehen, auch ich, wie jeder Vaterlandsfreund mit tiefem Schmerz zu meinem größten Industriegebiet hinüberblicke. Aber ich bitte Sie — leben doch hoffentlich, was da vor sich geht? Es ist wieder der Kampf um die zu kurze Dede, und zwar ist dies ein Kampf, der in der Linie durch ein ganz besonderes Ungeschick der Regierung verschuldet ist. Meint jemand, daß die führenden Männer des nordwestlichen Reviers, die auch Deutsche aus Leidenschaft, Macht, oder Geldhunger Streit mit ihren Arbeitern suchen? Nein, was da zugrunde liegt, ist in der Tat doch etwas anderes — fast hätte ich gesagt: selber etwas anderes, etwas Schlimmeres: Der Kampf ist ein brutales Anzeichen, daß das außen- und innenpolitische Geschehen der Jahre seit 1928 nicht aufhört, daß auch unser Wirtschaftsgesampt nicht

ausgeht, daß die 10 Jahre Novemberlast, mit denen Ihre heutige Tagung sich befaßt, die Probleme und Nöte der Nachkriegszeit ungelöst gelassen haben.“

Fast könnte man über der unfeindlichen Protestkolonne dieser aufgeblasenen Rederei den Ernst der Sache vergessen. Herr Hugenberg versichert, daß sein „Geist“ bei den Entschlüssen der Ruhrherren keine Rolle gespielt habe, aber er beweist in den nächsten Sätzen sofort das Gegenteil. Wenn die Unternehmer unter Bruch des Rechts Hunderttausende von Arbeitern auf das Pflaster werfen, dann hat nach der Logik Hugenbergs und ähnlicher Ungeister, „die jetzige Regierung“ und der „Novemberstaat“ die Schuld daran! Die Ruhrindustriellen, die sich ebenso wie Hugenberg der „Hilfe des Himmels“ erfreuen, sind weißgewaschene Unschuldengel.

Die Unternehmer an der Ruhr — darin hat Hugenberg recht — wollen noch viel mehr als die Arbeiter die „jetzige Regierung“ und den „Novemberstaat“ treffen, die ihnen nicht mehr erlauben wollen, die „Herren im eigenen Hause“ zu spielen. Und er hat, wiederum freilich in ganz anderem Sinn, als er es meint, recht, wenn er findet, daß es auch im „Novemberstaat“ noch ungelöste Probleme gibt. Vor zehn Jahren sind nämlich nur die alten „Instrumente des Himmels“ weggelehrt worden, die neuen fortzusetzen bleibt eine Aufgabe der Zukunft. Auch für den größtenwahnstinnigen deutschnationalen Parteiführer und seine gleichgearteten Freunde an der Ruhr gilt das Wort, daß die Götter mit Blindheit schlagen, wen sie verderben wollen. Nachschrift: Herr Lambach war in der Backbrauerei auch dabei. Gesprochen hat er nicht!

Bermittlung?

Die Ausführungen des deutschnationalen Parteiführers lassen den Schluß zu, daß es mit der „Bermittlungsaktion“, von der gestern abend hier in einem Telegramm aus Bochum die Rede war, nicht gut bestellt ist. Verhandlungen haben nur dann einen Sinn, wenn die Wahrung der Arbeiterrechte und der Staatsautorität ihr Ziel ist. Läßt sich dieses Ziel auf dem Verhandlungswege nicht erreichen, dann muß der Staat mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, das Recht schützen. Herr Hugenberg und die Seinen werden schon klein werden, wenn sie begreifen werden, daß der „Novemberstaat“ härter ist als sie.

Der Undank der Ruhrmagnaten.

Wie das Reich ihnen half. — Was sie bekamen und wie sie deklarierten.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch des Schlichters, der den Arbeitern der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes eine mäßige Lohnsteigerung zuspricht, für verbindlich erklärt. Statt sich dem Schiedspruch zu fügen, haben die Arbeitgeber 213 000 Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie ausgeperrt. Dies ist der Dank der Ruhrmagnaten für das beispiellose Entgegenkommen des Reiches nach dem passiven Widerstand an der Ruhr Ende 1923, insonderheit durch die riesenhafte

Zahlung von 715 Millionen Goldmark

an die Schwerindustriellen des Ruhrgebietes und durch die einzigartige Rücksicht der Finanzbehörden gegenüber der Vermögensdeklaration der Schwerindustriellen des Ruhrgebietes Ende 1923, die vielfach nur etwa den 5. bis sogar 10. Teil oder in günstigen Fällen etwa den 3. Teil des wirklichen Vermögens ausmachte. Diese beiden Hauptarten der Zuwendungen des Reiches haben die Schwerindustrie in den nächsten Monaten nach der Stabilisierung der Währung Ende 1923 schnell wieder leistungsfähig gemacht, so daß sie in den folgenden Jahren während des langen englischen Kohlengräberausstandes einen noch niemals erreichten Stand der Arbeitsleistung und des wirtschaftlichen Erfolges erreichte. Sehr zustatten kam den Schwerindustriellen daneben, daß sie ihre Steuern nicht in bar zu zahlen hatten, sondern auf ihre Schadenersatzforderungen gegen das Reich aus Anlaß der Ruhrbesetzung verrechnen durften. Während so die Reichsregierung auf der ganzen Linie das denkbar größte Entgegenkommen gezeigt hat, haben die Ruhrmagnaten jetzt geradezu den Sturm auf gegen die wichtigsten Einrichtungen des neuen Reiches und gegen das Reichskabinett eröffnet, in dem noch als Außenminister derselbe vorkriegs-parlamentarische Führer Gustav Stresemann sitzt, der durch sein Antwortschreiben vom 21. Oktober 1923 an Herrn Hugo Stinnes senior die grundsätzliche Zustimmung des Kabinetts zu den Vorschlägen und Forderungen des Herrn Hugo Stinnes sen. in seinem Schreiben vom 20. Oktober 1923 namens der Sechserkommission der Schwerindustriellen des Ruhrgebietes zur Befriedigung ihrer Schadenersatzforderungen gegen das Reich aus Anlaß des passiven Widerstandes und der Ruhrbesetzung durch die französischen Truppen aussprach.

Am 20. Oktober 1923 schrieb Herr Hugo Stinnes sen. als Vorsitzender der Sechserkommission des Bergbauischen Vereins in Essen an den Reichskanzler Herrn Stresemann, er glaube die Sechen dazu bestimmen zu können, für einen Zeitraum von etwa drei Monaten individuelle Lieferungsabkommen mit den Franzosen dergestalt zu schließen, daß die Sechen die Reparationsstoffe im Ausmaß von 16 bis 18 Proz. ihrer Produktion vorläufig für ihre Rechnung kostenfrei den Franzosen liefern, sofern die deutsche Regierung gestattet, daß der Wert der Lieferungen den Wertens seitens der deutschen Regierung gutgeschrieben und nach Ordnung der Reichsfinanzen demnachst in Anleihe oder sonst vergütet wird. Um die Gefahr einer Abtrennung des Ruhrgebietes vom preussischen Staat oder gar dem Deutschen Reich zu vermeiden, hat der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands durch sein Schreiben vom 20. Oktober 1923 diesen Antrag bei der Reichsregierung unterstützt. Schließlich aber die Entschädigung der Reichsregierung an die Ruhrmagnaten Anfang 1924 im Ausmaß von 715 Millionen Mark mit einer Freigebigkeit erfolgt, für die es kein Beispiel hinsichtlich der Größe der Summe und der Großzügigkeit der Bewilligung in der Geschichte Deutschlands und irgendeines anderen Staates der Welt gibt. Da gerade damals alle reichen Personen des Westens, selbst außerhalb des Ruhrgebietes in Köln und Frankfurt a. M., ihr Vermögen ganz gering angegeben hatten, so sind die Gelder für diese riesenhafte Entschädigung

in erster Linie aus den Steuergroßden der deutschen Arbeiter

und sonstigen Lohnempfänger bezahmt worden zugunsten der schwerreichen Ruhrmagnaten.

Am 31. Dezember 1923 hatten nach der amtlichen Reichsstatistik die beiden Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln zusammen nur vier Steuerpflichtige mit einem Vermögen von je über 10 Millionen Mark und mit einem Gesamtbeitrag ihrer Vermögen von 130 464 000 Mark gegenüber 71 Steuerpflichtigen mit einem Gesamtvermögen von 1 907 200 000 Mark am 31. Dezember 1913. Auf dem ersten Blick erkennt der Sachmann, daß eine derartige Minderung des Vermögens der reichen Leute und besonders der Schwerindustriellen des Ruhrgebietes unmöglich ist, da doch niemand die Kohlen unter der Erde, die Bergwerke, die Fabrikanlagen und die Maschinen über Nacht gestohlen hätte. Wenn auch ein Wert der Schwerindustrie gar kein Einkommen hat, so werden hierdurch doch in keiner Weise die dauernden Anlagewerte vernichtet. In der Stadt Mülheim (Ruhr), wo die beiden damals noch lebenden Ruhrmagnaten Hugo Stinnes und August Thyssen ihren Sitz hatten und seit Jahrzehnten

ihr Vermögen und Einkommen versteuerten, gab es am 31. Dezember 1923 sogar nur 11 Steuerpflichtige (natürliche oder lebende Personen) mit einem gesamten Vermögen von 57 812 000 Mark. Die neun ärmsten dieser 11 Millionenäre Mülheims müssen zusammen mindestens 10 Millionen Mark besessen haben, da ein jeder mehr als eine Million Mark besaß.

Für Hugo Stinnes sen. und August Thyssen sen. bleiben also zusammen nur 47 812 900 Mark Vermögen.

Jedermann in Deutschland und in Europa wußte damals, daß bei Wiederherstellung der Währung im Dezember 1923 Hugo Stinnes bei weitem der reichste Mann in Deutschland war. Nach sorgfältigen Erhebungen, die ich vor einiger Zeit veranstaltet habe, betrug damals das Vermögen von Stinnes ungefähr 400 Millionen Goldmark.

Wenn August Thyssen daselbe Vermögen wie Hugo Stinnes deklariert hat, so konnte keiner von Beiden auch nur 24 Millionen Mark angeben, da zweimal 24 bereits 48 Millionen Mark wären. Wenn Stinnes als der reichere 30 Millionen Mark statt 400 Millionen Mark angegeben hat, so blieben für August Thyssen sen. nur 17 812 900 Mark zum Zwecke der Deklaration übrig. Vor dem Kriege war August Thyssen der Höchstbesteuerte in Mülheim (Ruhr). Im Jahre 1897 versteuerte er ein Vermögen von 18 Millionen Mark, im Jahre 1899 schon 25 Millionen Mark, 1908 schon 46, im Jahre 1911 aber 52 und 1914 54 Millionen Mark Vermögen.

Wie können die 54 Millionen von August Thyssen bei der ungeheuren Ausdehnung seiner Kohlenbergwerke und Fabrikanlagen im Kriege auf 17 Millionen zusammengeschrumpft sein?

Und wie kann ein Schwerindustrieller, der nur 17 Millionen Mark Kapital hat, wegen Bruchliegens seiner Firma und wegen Kohlenlieferungen durch einige Monate an die Feinde einen namhaften Teil einer Entschädigungssumme von 715 Millionen Mark von seinen des Reiches in Anspruch nehmen? Als die Ruhrindustriellen unter sich die Entschädigungssumme verteilten, da hat ein jeder den anderen ein klares Bild der Größe und des Wertes seiner Anlagen und Produktionskraft und daher auch seines Schadens durch den passiven Widerstand der Bevölkerung und durch die Beschlagnahme der Kohlen auf den Halben seitens der Franzosen und Belgier gegeben.

Nachdem nun feststeht, daß Hugo Stinnes und August Thyssen zusammen noch nicht einmal ein Gesamtvermögen von 48 Millionen Mark nach Wiederherstellung der Währung am 31. Dezember 1923 versteuert haben, so bleiben für die beiden anderen Steuerpflichtigen mit je mehr als 10 Millionen Mark Vermögen in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln nur rund 130 weniger 48 Millionen Mark gleich 82 Millionen Mark übrig. Wenn man annimmt, daß der ärmste von diesen beiden, etwa das reichste Mitglied der Familie Haniel (Besitzerin der Gutehoffnungshütte) in Düsseldorf, nur 11 Millionen Mark Vermögen deklariert hat, so würden für Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach noch 71 464 000 Mark Vermögen am 31. Dezember 1923 gegenüber von 283 Millionen Mark im Jahre 1911 übrig bleiben. Ihre Vermögensdeklaration kann noch Ausweis der amtlichen Reichsstatistik auf keinen Fall größer gewesen sein. Da schon damals nach dem Urteil aller Sachverständigen August Thyssen wesentlich reicher war als Frau Bertha von Krupp und Halbach, beweist gerade die verhältnismäßig noch sehr hohe Krupp'sche Vermögensdeklaration, welche die der Herren Stinnes und Thyssen weit übertrifft.

wie sehr die übrigen Ruhrmagnaten das Wohlwollen der Finanzbehörden ausgenutzt haben.

Die Landesfinanzämter Düsseldorf und Köln merben zu ihrer Entschädigung im Bild auf das Eindringen der Feinde in das Ruhrgebiet mancherlei anführen können. Die Rücksicht der beiden Finanzämter ist aber ebenso beispiellos wie die Bewilligungsfreudigkeit der Reichsregierung gegenüber den Wünschen der Ruhrmagnaten am Ende des Jahres 1923.

Wenn die Ruhrmagnaten den Spruch nicht kennen „noblesse oblige“ oder „Adel legt Pflichten auf“, so sollten sie doch als Geschäftsleute das alte deutsche Wort kennen: „Eine Hand wäscht die andere“ und sich dankbar daran erinnern, daß die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft ihnen durch das Versprechen vom 31. Oktober 1923 in dem Brief Stresemanns an Stinnes die Mittel zum Aufstieg aus den Schrecken der Inflation und des Ruhrbruchs (durch Ausnutzung des englischen Kohlengräberausstandes) zu ihrem gegenwärtigen Reichtum geliefert haben, der bei Vermeidung jeder Aussperrung und jedes Ausstandes schon in fünf bis zehn Jahren den höchsten Stand vom Jahre 1914 wieder erreichen kann.

Rudolf Martin.

Diesmal wird es keine progressivistische Sonderkandidatur bei den Republikanern geben, da der populärste Mann der Sezession, La Follette, seit drei Jahren nicht mehr unter den Lebenden weilt, höchstens ein gewisses Abströmen unzufriedener Republikaner in das Lager der Demokraten. Für den verwaschenen Charakter der beiden großen Parteien aber ist es kennzeichnend, daß sie sich keineswegs durch klare programmatische Richtlinien voneinander abgrenzen und abheben, sondern daß die schärfsten Gegensätze innerhalb der Parteien ausgetragen worden sind, so durch Aufsehung der Progressiven gegen die Alt-Republikaner. Und diese Rebellion ging in der Hauptsache von den Farmern und Arbeitern aus und hatte ihren Grund in der schlechten Wirtschaftslage dieser Schichten.

Die Vereinigten Staaten erleben zwar seit einer Reihe von Jahren eine Wirtschaftsbüße und einen Wohlstandsaufstieg, wie er noch zu keiner Zeit und keinem anderen Lande beschieden war, allein starke Schichten sind davon ausgenommen: die Farmer und breite Arbeiterkreise, namentlich die Bergarbeiter, die Textilarbeiter und die Eisenbahner. Die amerikanischen Hochschulzölle können ja der exportierenden Landwirtschaft nichts bieten, wohl aber verteuern sie den Farmern ihre Betriebsmittel und Verbrauchsgütergegenstände. Die Progressivenbewegung unter La Follette richtete sich deshalb wesentlich gegen den industriellen Protektionismus und darüber hinaus gegen die Allmacht der Plutokratie, Trustwirtschaft und ähnliche Erscheinungen eines machtrunkenen Kapitalismus. Die Arbeiter, die außerdem unbedingte Koalitionsfreiheit, Arbeiterschutz, Sozialversicherung — bis jetzt in den Vereinigten Staaten ein unbekanntes Ding — und wahrhafte, soziale Demokratie verlangen, stimmten 1924 mit den Progressiven für La Follette, während 1920 915 000 Stimmen für den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Eugen Debs abgegeben worden waren, die größte Stimmenzahl, die bisher der amerikanische Sozialismus aufgebracht hatte.

La Follette starb 1925, ein Jahr darauf folgte ihm Eugen Debs. Republikaner und Demokraten, bürgerliche, unverfälschte kapitalistische Parteien beide, beherrschen so 1928 konkurrenzlos das Feld. Wer auch siegen mag, Hoover oder Smith, der Großkapitalismus wird Sieger sein. Das wird erst anders werden, wenn der Sozialismus auch in Amerika zur wirklichen Macht geworden ist.

Die Frauen werden entscheiden.

Hoover oder Smith.

Washington, 6. November.

Die Sonntagswähler erklären übereinstimmend, daß auch jetzt noch nicht mit Sicherheit vorausgesetzt werden könne, ob bei der Präsidentschaftswahl Hoover oder Smith siegen werde. Die Wahlsituation wird heute wie folgt geschildert: Die Gesamtzahl der Wahlmännerstimmen aller Staaten beträgt 531, die erforderliche Mehrheit ist demnach 266. Hieron sind sicher für Hoover 230, sicher für Smith 184; zweifelhaft sind die Staaten Arizona, Colorado, Kentucky, Maryland, Massachusetts, Minnesota, Missouri, Montana, Nebraska, Nevada, New Hampshire, North Dakota, Oklahoma und Rhode-Island mit insgesamt 117. Smith muß also hier von zumindest 82 Stimmen oder fast drei Viertel der zweifelhaften Staaten gewinnen, um die zum Siege erforderliche Mindestzahl zu erhalten. Andererseits wird auch von den Republikanern anerkannt, daß Hoover nicht die 1920 und 1924 von den Republikanern erlangte Rekordzahl von 401 bzw. 382 Stimmen erreichen wird. Das Wahlinteresse ist diesmal unerwartet groß; man rechnet auf fast 40 Millionen Stimmen, da besonders die Frauen diesmal in weit größerer Zahl sich in die Wahllisten haben eintragen lassen als je zuvor.

Das Wahlergebnis im Rundfunk.

Die Ergebnisse der amerikanischen Präsidentschaftswahl werden in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch von amerikanischen Kurzwellensendern ab 1 Uhr nachts mitteleuropäischer Zeit laufend verbreitet. Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft hat eine Reihe von Empfangsanlagen bereitgestellt und wird versuchen, die Sendungen aus Amerika aufzunehmen und auf die deutschen Rundfunksender zu übertragen.

Was wird in Preußen?

Stiller Landtagsbeginn. — Ruhrsuspension verzögert Regierungsumbildung!

Der Landtag, der am Montag nach mehrwöchiger Pause wieder zusammentrat, erledigte in kurzer Sitzung eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen. Von Bedeutung war lediglich die erste Beratung des Gesetzentwurfs für verstärkte Förderung von Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge, für die aus Anleihemitteln 75 Millionen Mark bereit gestellt werden sollen.

Für die Sozialdemokraten begrüßte die Abgeordnete Frau Hanna Berlin die Vorlage und forderte im Interesse der Erwerbslosen eine schnelle Verabschiedung. Beachtlich war ihr Hinweis, daß die Kostenträger der Überhaupt mehr in die Zeit der Wintermonate, d. h. in die Periode der im allgemeinen stärkeren Erwerbslosigkeit, verlegt werden.

Zu kurzen Ausführungen stimmten die Vertreter fast aller Fraktionen im großen ganzen der Vorlage zu, die dann dem Hauptausschuß zur schnelleren Erledigung überwiesen wurde.

Für eine andere wichtige Vorlage, den Entwurf eines Wache-Regel-Bruch-Gesetzes, setzte sich namentlich der sozialdemokratische Redner Vachsel ein, indem er darauf hinwies, daß die sozialdemokratische Fraktion schon seit langem eine solche Vorlage gefordert habe, um die große Notlage der Bewohner dieses Landestells zu bekämpfen. Auch dieser Entwurf wurde nach kurzer Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen.

Angenommen wurde ferner noch ein Hauptausschußantrag, die rechtsrheinische Uferstraße auszubauen und zu diesem Zweck vom Staatsministerium aus Mitteln der werkschaffenden Erwerbslosenfürsorge bereit zu stellen. Außerdem soll auf die Reichsregierung eingewirkt werden, daß auch die Wasserstraßenvermittlung für die Uferbefestigung Mittel bereit stellt.

Der Landtag wird diesmal nur bis zum Donnerstag, dem 8. November, zusammenbleiben. Ursprünglich war vorgesehen, ihn danach bis zum 12. Dezember zu vertagen. Da aber inzwischen ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen den Handelsminister wegen seiner Haltung in der Bergbaupolitik zur Abstimmung kommen muß, wird das Haus am Freitag, dem 10. November, noch einmal zusammentreten. Zweifelloos wird das Mißtrauensvotum der Ablehnung verfallen.

Eingegangen ist inzwischen auch eine Interpellation der Deutschnationalen über das Konkordat in Preußen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Regierung dazu erklären, was sie übrigens schon vor etwa sechs Monaten getan hat, daß sich die Angelegenheit noch im Stadium der Vorbereitung befindet und daß darüber noch verhandelt wird.

Um die Regierungsumbildung in Preußen ist es einstweilen still geworden. Es hat den Anschein, als wenn alleseitig die Meinung besteht, erst einmal die Entwidlung der Dinge im Reich und in Anbetracht des ausgebrochenen Kampfes zwischen Arbeitgeber und Metallarbeitern in Westdeutschlands eine Konsolidierung der Wirtschaftsverhältnisse abzuwarten.

Die nächste Sitzung des Landtags findet Dienstag, den 6. November, statt. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge und Anfragen der Parteien über die Ruhrsuspension der Metallarbeiter.

Deutsch-tschechische Einigung.

Tschechoslowakische Hafenzonen in Hamburg und Stettin.

Die zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland seit langen Jahren schwebenden Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt, welche die Verpachtung von Landstücken in den Häfen von Hamburg und Stettin gemäß Artikel 363/364 des Vertrags von Versailles zum Gegenstand hatten.

Der tschechoslowakischen Regierung sollen von dem Senat in Hamburg am Halleschen und Dresdener Ufer im Kolbau- und Soalehafen Landstücke verpachtet werden unter Bedingungen, die gesigelt sind, der tschechoslowakischen Regierung die Verpachtung ihres

unmittelbaren Durchgangsverkehrs von der Tschechoslowakei nach Uebersee und umgekehrt in wirkungsvollster Weise zu ermöglichen.

Es ist weiter dafür Sorge getroffen worden, daß auch über die jetzt in Aussicht genommene Verpachtung hinaus den tschechoslowakischen Bedürfnissen durch weitere Verpachtungen Rechnung getragen werden kann, sobald die wirtschaftliche Entwidlung der Dinge beiden Regierungen dies notwendig erscheinen lassen sollte.

Die von den beiden Delegationen getroffenen Abmachungen unterliegen zunächst der Genehmigung der beiden Regierungen.

Agrarpolitik statt Rotprogramm!

Der Reichsernährungsminister Dietrich hat am Montag vor Vertretern der württembergischen Landwirtschaft eine Rede gehalten, die sich in der Hauptsache mit dem landwirtschaftlichen Rotprogramm beschäftigte. Der Minister betonte die Notwendigkeit dieses Programms, das ja ein Programm zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes landwirtschaftlicher Artikel sein soll, auf lange Sicht unzustellbar. Deshalb werde die Reichsregierung erstmalig im Etat 1924 trotz der gespannten Finanzlage für dieses Programm 20 Millionen Mark zur Verfügung stellen, wobei sie sich bemüht sei, daß diese Summe für 5 Jahre festgesetzt wird.

Daß sich das vom Reichstag gebilligte Rot- bzw. Nationalerwerbsprogramm nicht von heute auf morgen auswirken kann und daß seine erfolgreiche Durchführung weiterer Mittel bedarf, ist selbstverständlich. Voraussetzung dafür ist aber auch, daß die Zweckmäßigkeit weiterer Ausgaben vom Reichstag auf das genaueste geprüft wird.

Schwäne.

Von Bengt Berg.

Im feinem demnächst erscheinenden neuesten Werk „Tookern, der See der wilden Schwäne“, führt uns Bengt Berg in seiner gewohnt fröhlichen Erzählungsweise das Schöne vor, was bis heute an Bäumen ...

... beglückten gefunden worden ist. Mit Erlaubnis des Verlages Dietrich Reimer, Berlin, bringen wir den folgenden Abschnitt.

Es liegt in der schwedischen Ebene ein heisser See, wo mehr wilde Schwäne hausen als sonst auf der ganzen Welt. Denn für die Schwäne ist der „Tookern“ ein „gelobtes Gewässer“ wie kein anderes.

Es ist nicht viel mehr vom See übrig, wenn der heiße Sommer sein Wasser trinkt und die unzähligen Samen, die in seinem seichten Schoß ruhen, zu neuem Leben erweckt. Sein Wasserspiegel reicht wohl eine Meile von Osten bis Westen und vielleicht eine halbe zwischen den Sümpfen im Süden und den fahlen nördlichen Ufern. Über das Wasser ist kaum mehr als ein Spiegel. Es ist so leicht, daß die Schwäne nur ihre langen Hälse hinuntergestrecken brauchen, um alle die Triebe und Wurzeln zu erreichen, die sie haben wollen.

Der See ist nicht immer so leicht gemessen. Vor hundert Jahren war er so tief, daß die Schwäne nur in der Nähe des Ufers den Grund erreichten, und dort waren sie ständig in Gefahr, ermordet zu werden. Damals gab es dort kaum halb so viele Schwäne oder andere Vögel wie jetzt. Die meisten sind erst gekommen, seitdem die Menschen versucht haben, den See zu vertiefen.

Die Menschen, die das Land ringsum besaßen, sahen voller Habgier, daß es am Grunde des Tookern eine Moorerde gab, die gleichen wohl kein Feld am Lande hatte.

Diejenigen, die eine günstigere Lage hatten, versuchten, einzelne feuchte Strecken einzudämmen, um vor den Rasen der anderen etwas für sich allein herauszuholen. Und die anderen durchschlugen des Nachts die Dämme, damit das Wasser wieder herein kam und den Vorteil der ersten vernichtete. Sie starben an ihrem Reid, und ihre Kinder erbten ihn. Die waren tüchtiger. Jetzt wurden sie auf einmal alle eins, zusammen gegen den verwünschten See anzukämpfen; denn die hohe Behörde wollte ihnen dabei helfen, und jeder glaubte, dabei für sich das Beste herauszuschlagen. Jetzt tobten sie ihr Geld zusammen. Die ganze Gegend kam in Aufruhr. Der Tookern sollte endlich getrocknet werden.

Hundert von Arbeitern wurden herangezogen. Ungeduld brannte in aller Herzen. Der Kibitz wurde gegraben. Der See sollte vertrocknen. Die Zeit schlich. Es ging doch nicht so schnell, wie man wollte. Der Sommer nahm ein Ende. Ebenso das Geld. Die letzten Scheine wurden von der Sparskasse geholt. Vor Herbstende sollten sie doch fertig sein. Jeder wollte sehen, wie das Wasser langsam von der verhassten Fläche draußen sank, wo nur die nutzlosen Wildvögel hausten. Es war ein Werk von Bedeutung für das ganze Land, wo viele Seen nur darauf warteten, ebenso getrocknet zu werden. Der Winter kam ungebeten früh und legte mit Sturm und Glut und Eisgang das ganze Werk hinunter in den Schlamm. Und als der Frühling wiederkam und die Sonne die Laten des Winters auflöste, hatten ein paar Bauern einen armüteligen Streifen Erde mehr bekommen. Die meisten hatten nichts. Aber alle hatten sie ihr Land zugehört. Nur eins hatten sie alle erreicht: als die Frühlingsflut zurückging und die Sommerhitze den Schlamm in Ordnung brachte, sank der Wasserstand gerade um so viel, als nötig war, daß sie ihre eigenen Boote nicht mehr über den See rudern konnten. Aber den Wasserfögeln draußen, denen keiner etwas gönnte, hatten sie einen ganz neuen See geschaffen.

Die Wasserpflanzen vermehrten sich in der Wärme des seichten Wassers. Eines Tages war auch die Wasserpest da und füllte große Strecken bis an den Wasserspiegel und darüber hinaus. Und als wenn sie nur darauf gewartet hätten, kamen unaufhörlich neue Schwärme von Vögeln, um die verschiedenen Bohnkreise des neu-erschaffenen Reiches in Besitz zu nehmen.

Für mich galt es, die Wildschwäne mit der Kamera bei ihrem Nest zu überlaffen.

Ich versuchte viele alte gute Kräfte, aber es war alles vergebens. Da fauchte ich einen alten Kohn und füllte ihn mit Schilf. Stakte ihn ins Rohr und verbergte ihn einen guten Hintenschuß entfernt von dem erschrittenen Schwannennest.

So ging es zwei Tage. Dann brachte ich das Boot ein kleines Stück näher und verdeckte es gleichzeitig mit ein paar Schilfbündeln. Nach zwei Wochen lag ich doch unter dem alten Schilf auf dem Boden des Bootes zusammengetarnt und hatte das Objektiv meiner Kamera auf das Nest gerichtet.

Das Schwannennest liegt wie eine Seefeste von trockenem, zusammengehaften Schilfrohr. Auf seiner Arönung ist eine seichte Vertiefung, und dort schimmern die Rundungen von fünf langen plänzenden Eiern. Ringsherum ist das Schilf auf mehrere Klafter im Umkreis abgebissen. Aber während das Weibchen brütet, wird dort neues Schilf aufgewachsen, und wenn es am meisten des Schnees bedarf und die kleinen Jungen ausgeschlüpft sind, wird das Schilf wie eine Mauer rundherum stehen.

Man kann dem Schwannennestchen so schwer mit den Augen folgen. Es bewegt sich so behutsam. Zuweilen, wenn das Rohr im Winde schwanzt, meine ich es klar zu sehen, aber im nächsten Augenblick ist es wieder verschwunden. Aber sein schwarzes Auge richtet sich starrend blanz gegen das große wunderliche Kammerauge im Schilfhügel. So liegt es lange auf der gleichen Stelle und gleitet nur ab und zu hin und her, um durch das Schilf zu blicken.

An der Restkante zögert es einen Augenblick. Das Nest war zeitig gebaut, und das Wasser ist in den letzten Tagen gefallen. Es ist hoch, dort hinaufzukommen, und das Weibchen ist etwas schwer und füllig, wie es einer Mutter zukommt. Sein Kopf streckt sich suchend über das Nest. Der Körper gleitet etwas zur Seite. Dann heben sich die großen Schwingen in wenigen mächtigen, tausenden Schlägen, und der Schwann sieht ganz wie ein königlicher Wappenvogel am Restrand. Dann reißt sich der Hals plötzlich, und der Schwann steht und späht über sein Schilf- und Wasserreich.

Nichts ist zu sehen, was Gefahr droht. Das Weibchen beugt sich über die Eier, als ob es sie nachzählen wollte. Dann wirft es noch einen prüfenden Blick auf den Schilfhügel. Es schien ihm, als ob es von dort her einen Laut vernahm. Aber es war doch wohl nichts Gefährliches. Dann senkt es den Kopf und wendet und rückt die Eier, als ob es niemals mit ihrer Lage zufrieden wäre. Es weiß, daß die Eier nur auf einer Seite gewärmt werden dürfen. Wenn die Eier lange auf der gleichen Seite liegen würden, könnte das kleine Armees heftig er her unteren Seite festmachen und sterben. Darum müssen sie oft gewendet werden. Und nachdem es

Das Flugzeug auf Schienen.

Die Propellerbahn als Schwebbahnprojekt zum Rheinland.

Das Projekt einer Schwebbahnverbindung zwischen dem rheinischen Industriegebiet und der Reichshauptstadt wird schon seit sehr langer Zeit in Interessenten- und Fachkreisen ernsthaft diskutiert. Die wirtschaftliche Notwendigkeit und Rentabilität hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher gemacht, so daß die interessierten Wirtschaftskreise dem Projekt ernsthaft nähergetreten sind. Das Schwebbahnprojekt zwischen dem Rheinland und Berlin ist bereits in den verschiedensten Formen aufgetaucht. Die ursprüngliche Form war die einer elektrischen Schwebbahn nach dem Muster der Schwebbahn, die in Elberfeld-Barmen bereits existiert. Der Chefingenieur der Schütte-Lanz-Werke, Diplomingenieur Franz Krudenberg, ist der Urheber dieses Schnellbahnprojektes. Daneben entstand ein zweites Projekt. Im Rheinland selbst hatte sich die Notwendigkeit herausgebildet, eine schnellere Verbindung der wichtigsten Städte des Ruhr- und Rheingebietes, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Köln zu schaffen. Man hatte für diesen Zweck an ein elektrisches Schnellbahnprojekt gedacht, das neben dem Eisenbahnbahn durchgeführt werden sollte. Nun ist man neuerdings dem Gedanken nähergetreten, die beiden Projekte gewissermaßen zu kombinieren. Man will auch die Strecke Dortmund-Essen-Düsseldorf-Köln, deren Bau noch dringlicher ist als die Verbindung mit Berlin, als Probestrecke nach dem Vorschlage Krudenbergs als Schwebbahn bauen. Wenn auf dieser Strecke genügend Erfahrungen mit diesem neuen Schnellbahnsystem gemacht worden sind, so will man dann zum Ausbau der großen Schnellbahnstrecken schreiten, wofür die Linien Köln-Berlin und vielleicht auch Köln-München hauptsächlich in Frage kommen würden.

Reichsbahnverwaltung und Industrie beschäftigen sich seit Monaten bereits ernsthaft mit der Durchführung dieses Projektes. Denn es ist selbstverständlich nicht beabsichtigt, die Durchführung eines so bedeutenden Verkehrsunternehmens der privaten Initiative zu überlassen. Entgegen dem Gedanken, die erste Probestrecke zwischen Köln und Dortmund zu bauen, der vom Rheinland, insbesondere von Köln aus propagiert wird, ist ein anderes Pro-

jekt entstanden, die Probestrecke von Berlin aus zu bauen. Für diesen Zweck hat die Studiengesellschaft, die sich mit der Frage beschäftigt und in der auch mehrere Großbanken vertreten sind, die Strecke Berlin-Magdeburg vorgeschlagen. Es wird also leider auch hier anscheinend wieder zu einem wirtschaftlichen Interessentenkampf kommen, der die Durchführung des Projektes behindert. Um so notwendiger ist ein energisches Eingreifen des Reichsverkehrsministeriums, das gut tate, selbst die Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen. Wenn erst einmal einzelne Interessengruppen sich auf ihre Sonderprojekte festgelegt und verrannt haben, wird es später sehr schwer sein, die nötige Einigkeit herbeizuführen.

Das Projekt Krudenberg für die Schnellbahn Berlin-Köln weicht in seiner neuesten Gestalt infolge von älteren Schwebbahnprojekten ab, als der Antrieb der Wagen nicht wie bei der Schwebbahn Elberfeld-Barmen durch das auf der Schiene laufende Rad erfolgt, sondern durch einen Flugzeugpropeller. Diese Kombination aus Schwebbahn und Flugzeug soll angeblich eine Stundengeschwindigkeit von 300 Kilometer erreichen können. Da die gesamte Strecke höchstens 500 Kilometer beträgt, so würde die Verbindung Köln-Berlin in der Zeit von zwei Stunden hergestellt werden. Diese Ziffern sind sicher reichlich optimistisch, aber selbst eine solche Schwebbahnverbindung, die drei bis vier Stunden zur Überwindung der Strecke Köln-Berlin brauchte, wäre für die deutsche Volkswirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Krudenberg will auf der Strecke übrigens nur Einzelwagen laufen lassen, also nicht elektrische Züge wie auf der Strecke Elberfeld-Barmen. Der Wagen wird etwa 40-50 Personen fassen können und voraussichtlich nur eine Klasse besitzen. Der Preis für die Fahrt soll nicht höher sein, als der Fahrpreis für dieselbe Strecke in der 2. Klasse der Reichsbahn beträgt. Da die technischen Einzelheiten des Problems von den Studiengesellschaften und den in Frage kommenden industriellen Unternehmungen in allen Einzelheiten bereits durchberaten sind, so darf man hoffen, daß dieses für den deutschen Verkehr und die deutsche Wirtschaft so bedeutende Projekt bald der Verwirklichung entgegengeht.

se schließlich in die gewünschte Lage gebracht hat, sinkt es vornüber auf das Nest. Es modelt etwas und rückt sich mit dem Körper zurecht. Es greift mit dem Schnabel nach allen möglichen kleinen Schilfstücken und Daunnen, die von ihm abgefallen sind, und stopft sie zwischen die Eier, wo sie nebeneinanderliegen. Jetzt liegt es endlich still und schaut mit Ruhe über die Umgebung. Dann gleicht es vielleicht noch mehr einer Königin als sonst. Der Hals ist hoch erhoben in einer schmalen Schlinge gebogen, und das weiße Gefieder fließt wie ein Hermelinmantel über das Nest.

Aber plötzlich ist es unzufrieden. Es erhebt sich wieder. Es dreht sich hin und her wie ein Hund, der sich sein Lager zurechtmacht. Es hält ein und nickt mein Kammerauge an, und dann wendet es sich wieder ab. Irgend etwas gefällt ihm nicht.

Eine Zeitlang begriff ich nicht, was es wollte, aber dann bog es sich vor und wickte den langen Hals über die Restkante. Da wurde es mir klar — es will an seinem Nest bauen. Ich verstand nur noch nicht, warum es baute. Es ließ sich nach vornwärts fallen und nahm die Halme aus dem Wasser. Mit seinem breiten Schnabel nahm es mehrere zugleich, hob sie über das Nest und schleuderte sie so heftig nach sich, als ob es böse wäre. Nachdem es so mehrere Minuten gebaut und sich einen kleinen Schirm von Stroh zurechtgelegt hatte, merkte ich erst, daß es die Halme nur auf die Seite des Nestes brachte, die mir zugewendet war.

Ich überlegte mir einen Augenblick, ob das vielleicht wegen des Windes geschah — es war nämlich ganz augenscheinlich, daß diese Art und Weise, zu bauen, einen besonderen Grund haben mußte, obgleich die meisten Vögel, die schwimmende Nester haben, während der ganzen Brutzeit an ihrem Nistbaum auszubessern pflegen. Aber als ich wieder einen mißtrauischen Blick seiner Augen auffing, war es mir klar, daß es zuerst von der Kamera gemerkt hatte. Es hatte jedenfalls den Versuch niedertassein hören, als es still lag. Es fürchtete das Glas, das wie ein großes Auge blinkte, nicht, wenigstens nicht so sehr, daß es sich beim Brüten stören ließ. Es wählte, daß es selbst genügend groß und die Gefahr genügend klein war, um ihre die Spitze bieten zu können. Aber es paßte ihm ganz einfach nicht, daß das große Auge auf seine Eier blickte, während es brütete, und es fühlte das Verlangen, sich zu verbergen. Da überlegte es zuerst lange, und dann nahm es Schilf und häufte es zu einem Schirm zwischen uns. — Du sonderbarer feiner Vogel!

Leben ohne Großhirn.

Die beiden geheimnisvollen Halbhirne des Großhirns, die von der Schädelkapsel umschlossen sind, waren viele Jahrhunderte lang in ihrer Bedeutung ganz unbekannt. Erst neuerdings hat man wenigstens einige Andeutungen über die Bedeutung dieses Organs herausbekommen und gefunden, daß die Entwicklung der geistigen Kräfte bei allen Lebewesen mit der Entwicklung des Großhirns und seinem Reichtum an Furchen und Windungen parallel geht. Welch ein Unterschied ist z. B. zwischen dem windungslosen Großhirn des Fisches und der so reich ausgebildeten Form dieses Organes beim Menschen! Besonders wichtig für unsere Erkenntnis von der Arbeit des Großhirns sind die Versuche gewesen, verschiedene Tiere nach der Entfernung des Großhirns zu beobachten. Ueber diese Experimente berichtet Gottfried Stosny in einem Aufsatz der „Leipziger Kulturzeitung“.

Für die Lebensweise des Fisches bedeutete eine solche Operation wenig. Auch der großhirnlose Fisch bewegte sich weiter im Wasser wie seine gesunden Genossen, suchte Futter usw. Auch bei dem großhirnlosen Frosch war ein Unterschied bei oberflächlicher Betrachtung kaum zu bemerken. Diese „enthirnten“ Tiere schwammen, hüpfen, krochen weiter und entzogen sich den Nachstellungen ihrer Feinde wie die normalen. Allerdings wurde bei genauerer Beobachtung dieser Tiere bemerkt, daß sie den gesunden im Kampf ums Dasein deutlich unterlegen waren. Bei großhirnlosen Reptilien, wie Schlangen und Schildkröten, stellte man fest, daß bei ihnen die Lauberungen von Horn und Turck fehlten; diese zweifelslos höheren festlichen Funktionen waren also ausgeschaltet.

Sehr viel deutlicher treten bereits die Ausfallerscheinungen bei den Vögeln auf. Bringt man z. B. eine Taube unter künstlicher Fütterung über die ersten Tage nach der Operation hinweg, so zeigt das Tier ein höchst merkwürdiges Verhalten. Der Vogel läuft umher, geht Hindernissen aus dem Wege, sieht und hört, schläft des Nachts wie sonst. Aber die Taube ist zu einem belebten Automaten geworden; sie vermag nicht mehr zu „denken“ und zu handeln. Der enthirnte Tauber läuft gierend ruhelos umher, beachtet aber ein Weibchen nicht, das man neben ihm setzt. Unter den anderen Tauben leben diese großhirnlosen Tiere wie Einsiedler, sind wie fühllose Steine. Auch die Raubvögel verlieren, wenn sie des Großhirns beraubt werden, alle Angriffslust, ja jede Fähigkeit, folgerichtig zu handeln. Der Falke tötet wohl die Maus, die man ihm nahe bringt, aber er zerreißt sie nicht und frißt sie nicht auf.

Am stärksten ist natürlich das Bild bei den großhirnlosen Säugtieren, deren Hirnmasse ja am höchsten innerhalb der Tierwelt entwickelt ist. Der Physiologe Golz hat einen solchen enthirnten Hund 1½ Jahre lang beobachtet. Alles, was im Tier des Individuelle darstellte, war bei dem Hunde nach dem Eingriff völlig erloschen. Er zeigte keinerlei Erinnerungsvermögen; das Bellen anderer Hunde ließ ihn völlig teilnahmslos; er verstand weder seinen Namen noch Drohrede, obwohl er durch Geräusche aus dem Schlaf geweckt werden konnte. Obgen den Bälgen, der ihm täglich den Futternapf brachte, wehrte er sich immer aufs neue, froh aber, sobald man ihm die Schnauze ins Essen steckte. Aus all diesen Versuchen und Beobachtungen geht hervor, daß alle Ausprägungen des Persönlichen, Denkraft und Gemüt, Erinnerung und Verstand, mit der Entfernung des Großhirns fortfallen. Dagegen werden die rein vegetativen, „automatischen“ Tätigkeiten von Zentren aus geregelt, die in den übrigen Hirnteilen und im Rückenmark liegen.

Gegenwärtiger Stand der Rohkostfrage.

Die Menschen wissen seit vielen Jahren, daß die Rohkost eine ganz spezifische Heilwirkung hat. Es war instinktives Erkennen, als die Vegetarier ihre Kost, und darunter die Rohkost, propagierten. Als dann die Erkenntnis von den Ergänzungsstoffen Gemeingut aller wurde, war auch gleichzeitig eine Begründung der Richtigkeit der vegetarischen und Rohkost gegeben. Während in früheren Jahren die Vegetarier allein ihre Ansichten verfochten, kam nun der Forscher, Kliniker und Physiologe. Sie begründeten diese Lehre, und es war gewiß ein Wendepunkt in der Geschichte der Ernährungslernre, als auf dem Kongress für Verdauungs- und Stoffwechselforschungen in Amsterdam und wenige Tage später auf der Naturforscherversammlung in Hamburg eine große Anzahl Ärzte, darunter die prominentesten auf dem Gebiete der Ernährungslehre, eindeutig den großen Wert der Rohkost für die menschliche Ernährung anerkannten. Besonders wichtig sind die Ausführungen von Professor Wilhelm Stepp, Breslau, der von der Feststellung ausgeht, daß der menschliche Verdauungskanal seinem Bau nach nicht allein für die Verzehung von Rohnahrung eingerichtet ist, vielmehr kann auf das Zubereiten vieler Nahrungstoffe durch den Kochprozeß nicht verzichtet werden. Auf jeden Fall verlangt aber die sich aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Neuzeit aufbauende Ernährungslehre, daß nach Möglichkeit täglich etwas Rohkost in Form von Salaten, Tomaten, Radieschen, Actinchen und den verschiedensten Früchten aufgenommen wird.

Richt Rohkost allein soll also die Speise des Menschen sein, sondern wir können bei unserer gewohnten Lebensweise im allgemeinen verbleiben und sollen nur weniger Kalorien zu uns nehmen, dafür mehr Lebenswerte, das sind die Ergänzungsstoffe, die Vitamine und Mineralstoffe, die wir vornehmlich im Obst und Gemüse finden. Sache der Hausfrau und der Köchin ist es, diese feinen Nährstoffe nicht durch allzu langes Kochen zu zerstören, sondern nach Möglichkeit die Pflanzenstoffe, welche in rohem Zustand genossen werden kann und leicht verdaulich ist, auch in Wirklichkeit in dieser Form auf den Tisch zu bringen. Unnütziges Kochen ist ebenso falsch, als zu langes Kochen und Abgießen des Brühs- und Kochwassers, welches die meisten Vitamine und Nährstoffe enthält.

Dr. Winkel.

Nachwirkungen der Strafe.

ort mit dem Zuchthaus! — Reichsverweisung, Entziehung öffentlicher Aemter, Einziehung von Vermögenswerten.

Der Strafgesetzausschuss des Reichstags beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit dem sozialdemokratischen Antrag, statt Zuchthaus und Gefängnisstrafe nur noch einheitliche Gefängnisstrafe vorzusehen.

Abg. Hanemann (Dnt.) wendet sich gegen diesen Antrag, da der Bericht, wenn es nur noch solche einheitlichen Gefängnisstrafen gäbe, nicht mehr die Möglichkeit habe, durch Wahl der Zuchthausstrafe zu zeigen, wie es die Straftat bemerte. Außerdem sei es unbedingt, die heute zu Zuchthaus Verurteilten mit Gefängnisstrafen zusammenzubringen.

Genosse Rosenfeld trat für den sozialdemokratischen Antrag ein, indem er darauf hinwies,

dass die Zuchthausstrafe noch nach ihrer Verbüßung den Gefangenen schwer treffe, indem sie ihm die Möglichkeit erschwere, wieder eine Stellung zu erlangen.

Die Nachwirkung einer Zuchthausstrafe sei völlig überflüssig. Eine verschiedenartige Behandlung könne auch bei einem einheitlichen Gefängnisstrafensystem eintreten, indem die Gefängnisse in verschiedene Stufen geteilt würden. Das Festhalten an der Zuchthausstrafe sei äußerst rigoros. Hier werde sich wieder entscheiden, ob man das Strafrecht reformieren oder einfach alles Althergebrachte konseruieren wolle.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Auch der Hospitant der Demokraten, Herr Lobe, stimmte gegen diesen Antrag.

Nachdem wurde der kommunistische Antrag erörtert, lebenslängliche Freiheitsstrafen abzuschaffen.

Genosse Rosenfeld erklärte zu diesem Antrag, dass sich die sozialdemokratische Fraktion im früheren Reichstag selbst gegen die lebenslängliche Strafe ausgesprochen habe. Jetzt sei die Situation anders, als man die Todesstrafe als gefolter ansehen könne, als diese schwerste Strafe jedenfalls im Plenum sollen werden und nicht im selben Augenblick Todesstrafe und lebenslängliche Freiheitsstrafe abgeschafft werden könne. Die sozialdemokratische Fraktion werde sich daher der Abstimmung enthalten.

Bei der Abstimmung erhielt der kommunistische Antrag nur die Stimmen der Kommunisten.

Abg. Lobe beantragte die Einführung der Einziehung der Friedensbürgschaft. Wenn jemand wegen vorläufiger Verurteilung der Straftat zu Strafe verurteilt werde, so soll das Gericht, wenn Wiederholung der Straftat zu befürchten ist, anordnen können, daß der Täter Bürgschaft für künftiges gesetzliches Verhalten leiste. Es sollten ihm zu diesem Zweck besondere Pflichten, insbesondere Hinterlegung einer Sicherheit in Geld auferlegt werden können.

Genosse Landsberg wendet sich gegen diesen Antrag, besonders bedenklich sei die Wirkung des Antrags in den Fällen, wo das Geld fehle, um Sicherheit zu leisten. Es sei nicht möglich, was werden solle, wenn jemand unversichert Sicherheit leisten könne.

Der Antrag Lobe wird bis zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Die Reichsverweisung.

Zu den Bestimmungen über die Reichsverweisung beantragten die Sozialdemokraten die Streichung dieser Vorschrift.

Genosse Rosenfeld führte aus, daß auch ohne diesen § 64 die Ausländer schon dann ausgewiesen könnten, wenn er sich lästig gemacht hat. Mit dieser Bestimmung sei man durchaus ausgenommen. Bei deutschen Frauen, die nur durch den Aufenthalt in Deutschland die Staatsangehörigkeit verloren hätten und in Deutschland lebten, würde § 64 nicht gelten.

Abgeordneter Wegmann (Z.) beantragte, daß das Gericht im Falle der Verurteilung eines Ausländers zu einer Freiheitsstrafe mindestens 3 Monaten, wenn sein Verbleiben im Ausland eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bilde, nur das Recht haben solle, die Ausweisung für zulässig zu erklären.

Für diese Wäderung trat auch die Genossin Pfälz ein, die insbesondere die Gefahr des § 64 für die Frauen hervorhob, welche durch Heirat mit einem Ausländer die Staatsangehörigkeit verloren hätten.

Rechtsjustizminister Koch erklärte die Mißstände, die in solchen Fällen möglich seien, durchaus an. Er meinte aber, daß die Bestimmungen hierüber so geändert werden müßten, daß die Staatsangehörigkeit in solchen Fällen nicht ohne weiteres verloren gehe.

Abgeordneter Wunderlich (D.B.) und Abg. Hanemann (Dnt.) beantragten sich für den § 64 und gegen den Antrag Wegmann.

Genosse Landsberg trat ihnen entgegen, indem er sich dagegen erklärte, etwa in ausländisches Gesindel verliert zu sein. Auch die Sozialdemokraten billigten die Maßnahmen gegen ausländische Verführer, die sich z. B. bei der Leipziger Waise unkeusam betätigen machten, durchaus. Aber die Vollmacht, die § 64 dem Gerichte gebe, gehe zu weit. Man kann nicht eine deutsche Frau, die den Fuß ins Ausland gesetzt habe, aber mit einem Ausländer verheiratet sei, einfach als Ausländerin behandeln und ausweisen.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und § 64 angenommen. Dabei stimmte Herr Lobe ab, weil mit den Gegnern der sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge nicht angenommen wurde lediglich eine Resolution, Pfälz und Landsberg, in der erklart wird, die Bestimmungen in den Ländern zu ändern und insbesondere hinsichtlich der Frauen und Staatenlosen eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen.

Die Mehrheit wurde der Antrag Wegmann angenommen, der aus der Ausweisungspflicht ein Ausweisungsgesetz macht.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Für ihn stimmten Sozialdemokraten und die Demokratin Frau Lüders. Herr Lobe, der Hospitant der demokratischen Fraktion, stimmte gegen den vom demokratischen Minister empfohlenen Antrag. Man darf begierig sein, wie lange die demokratische Fraktion noch diesem eigentümlichen Hospitanten die Wahrnehmung der Fraktionsrechte belassen wird.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Für ihn stimmten Sozialdemokraten und die Demokratin Frau Lüders. Herr Lobe, der Hospitant der demokratischen Fraktion, stimmte gegen den vom demokratischen Minister empfohlenen Antrag. Man darf begierig sein, wie lange die demokratische Fraktion noch diesem eigentümlichen Hospitanten die Wahrnehmung der Fraktionsrechte belassen wird.

Bei der Beratung des § 32, der von der Einziehung von Sachen und anderen Vermögenswerten handelt, die mit einer strafbaren Handlung im Zusammenhang stehen, brachte Genosse

Der franke Trozki.

Stalin hat Anweisung gegeben, die Bewachung der Verbauenen, vor allem Trozki, zu verschärfen, um „einen zweiten Fall Joffe zu verhindern“.



Trozki: „Merkwürdig. Jedem Menschen würde Stalin gestatten, mich zu erschießen. — nur mir selber erlaubt er es nicht!“

Der Zwiespalt der Radikalen.

Gegen die Regierung Poincaré, aber für Herriot.

Paris, 5. November. (Eigenbericht.)

Der radikale Parteitag in Angers wird noch bis zum Mittwoch tagen, über die eigentliche Entscheidung, soweit sie die Öffentlichkeit interessiert, ist mit der Annahme einer Resolution des Vertrauensmanns von Caillaux, Montigny, erfolgt. Es gibt kaum ein für die Radikalen charakteristischeres Ereignis als diese Abstimmung.

Diese Resolution spricht zunächst Herriot den Dank der Partei für sein Verhalten in der Frage der Zulassung religiöser Orden aus und stellt allgemeine Forderungen auf Anwendung der Laiengesetze, gerechte Steuerverteilung, einjährige Militärdienstzeit, Schaffung eines endgültigen Reparationsystems, obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren, Anerkennung des uneingeschränkten Gewerkschaftsrechts.

Das Vertrauen der Partei zu jeder Regierung soll von der Befolgung dieses Programms abhängig gemacht werden.

Kein radikaler Parlamentarier darf an einer Regierung teilnehmen, die nicht dieses Programm vertritt. Der Kongreß beauftragte den Parteivorstand, die Ausführung dieses Beschlusses zu überwachen. Abgelehnt wurde ein Zusatzantrag des Abgeordneten Gerulier, der Auffündigung der nationalen Einheit forderte. Herriot warnte vor Ueberföhrung und vor den Folgen einer sofortigen Demission der radikalen Minister. Nach Herriot verlangte auch der Parteivorstand Daladier, daß der Zusatzantrag Garnier zurückgenommen werde, damit der Kongreß durch die Annahme der Tagesordnung Montigny von seiner politischen Einmütigkeit Zeugnis ablege. (?)

Der Parteitag hat somit eine Entschlieung angenommen, in der die Erfüllung einer ganzen Reihe von Forderungen verlangt wird, die von einer Regierung Poincaré niemals erlangt

werden kann. Die logische Konsequenz dieser Entschlieung war der Rücktritt der radikalen Minister gewesen; tatsächlich forderte ein der Resolution hinzugefügter Antrag den Bruch jedes Zusammengehens mit den Reichtsparteien, d. h. die Kündigung der nationalen Einheit. Dieser Zusatz wurde jedoch wieder zurückgezogen. Dabei macht aber die Resolution die Unterstüzung der Regierung doch wieder von der Erfüllung der Programmpunkte abhängig. Die Lösung dieses ganzen Rätsels liegt darin, daß die Fraktion eine von den Umständen, in die ihre Führer sie hineingemondoriert haben, abhängige Politik betreiben muß, während die Partei unbelangt geradeaus marschieren will. Für das Kabinett Poincaré ist im Augenblick noch keine kritische Situation entstanden. Daß in Zukunft die radikalen Minister freilich noch nöthiger sein werden und es demnach immer einmal an diesem oder jenem Punkte zum Bruch kommen kann, ist natürlich wahrscheinlich. Aber das Boium des Parteitages fordert nicht den Rücktritt Herriots, es fordert nur, daß die Regierung, der Herriot angehört, das radikale Programm ausführe. Der Parteitag weiß jedoch selbst, daß das unmöglich ist und spricht dem Unterrichtsminister dennoch sein volles Vertrauen aus. Die Radikalen werden also auf absehbare Zeit weiter in ihrer Mehrheit unentwegt mit der Rechten zusammengehen wie bisher, während der linke Flügel allein Opposition betreibt.

Der Wiedezusammentritt der Kammer wird am Dienstag, dem 6. November erfolgen. In den Wandbelagungen der Kammer teilt man in richtiger Einschätzung der Lage keineswegs die Erregung, die sich in einem Teil der Montagmorgenpresse angefaßt der Haltung des radikalen Parteitages äußert. Es ist kaum anzunehmen, daß für die nächste Zeit irgendwelche Rückwirkungen der auf dem Kongreß gefaßten Entschlieungen im Parlament zu erwarten sind.

Entziehung öffentlicher Aemter.

Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit § 48, der ausspricht, daß derjenige, der infolge einer Bestrafung unfähig wird, öffentliche Aemter zu bekleiden, zugleich die öffentlichen Aemter verliert, die er inne hat. Den öffentlichen Aemtern soll auch die Rechtsanwaltschaft gleichstehen.

Diesen letzteren Vorklaus beantragten die Sozialdemokraten zu streichen.

Rechtsjustizminister Koch erklärte, daß er für den sozialdemokratischen Antrag sei. Es sei besser, daß ein Stand im Wege der Selbstreinigung durch Ehrengerichte Unwürdige ausschleife, als dem Gerichte die Reinigung zu überlassen. Bezüglich der Verzeihe wolle es auch der Strafgesetzentwurf dabei lassen. Die Rechtsanwäite seien ein Stand, der besonders in Konfliktfällen davon geschüht werden müsse, daß Anwäite durch Nichterspruch ihr Recht auf die Anwaltschaft verlieren. Ein Mißbrauch des Anwaltsstandes gegenüber Uebergriffen des Richtertums sei notwendig, besonders in Zeiten der Erregung. Das liege weniger im Interesse der Anwäite als im Interesse des Volkes.

Genosse Rosenfeld begrüßte die Stellungnahme des Justizministers und er wies auf die nunmehr einheitliche Stellung der deutschen Anwaltschaft hin, die einmütig die Streichung der Anwaltschaft im § 48 verlange.

Abg. Hergl (Dnt.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Ebenso tat dies der Zentrumsabgeordnete Wegmann, der sogar dahin Kritik übte, daß Justizminister Koch nicht mehr die Meinung der früheren Regierung vertrete. Er wußte sich sagen lassen, daß dieser nicht die Meinung seines Amtsvorgängers, sondern seine Meinung vertrete.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Für ihn stimmten Sozialdemokraten und die Demokratin Frau Lüders. Herr Lobe, der Hospitant der demokratischen Fraktion, stimmte gegen den vom demokratischen Minister empfohlenen Antrag. Man darf begierig sein, wie lange die demokratische Fraktion noch diesem eigentümlichen Hospitanten die Wahrnehmung der Fraktionsrechte belassen wird.

Einziehung von Sachen.

Bei der Beratung des § 32, der von der Einziehung von Sachen und anderen Vermögenswerten handelt, die mit einer strafbaren Handlung im Zusammenhang stehen, brachte Genosse

Saenger schwere Bedenken zum Ausdruck. Er begründet einen sozialdemokratischen Antrag.

der verhindern will, daß bei wirtschaftlichen Kämpfen die Bankguthaben der Gewerkschaften, bei politischen Kämpfen die Kassen der Parteien dem Zugriff der Gerichte ausgeliefert sein könnten.

Auch Minister Koch äußerte Bedenken gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion beanstandeten Möglichkeiten.

Der sozialdemokratische Antrag wurde ebenso wie alle Abänderungsanträge einem Unterausschuss überwiesen. Die Beratung wurde auf morgen vertagt.

Hermann Diamand Parteivorsitzender. Anti-Pilsudski-Demonstration der polnischen Sozialisten.

Sosnowice, 5. November.

Der Parteitag der Polnischen Sozialdemokratie hat in seinen Entschlieungen der Regierung schärfsten Kampf angefaßt und eine Reihe Verbesserungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, besonders in der Sozialversicherung gefordert. Abg. Dr. Diamand wurde zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt, was die stärkste Demonstration der Gegnerschaft gegen alle Diktatorgefühle ist. An den Parteitag schloß sich eine große Straßendemonstration an.

In Bemberg hat die Polizei angeblich bei Ukrainern Waffen und Sprengstoffe gefunden; sie hat über 70 Ukrainer verhaftet, darunter einige als Teilnehmer an der Beschädigung polnischer Siegesdenkmäler in diesem ukrainischen Lande. Unruhen und Egzeße dauern an.

Die Belgrader Skupshchina ist wieder zusammengetreten. Die 87 Kroaten und Tribitschmitchianer sind ferngeblieben. Dafür sind ihnen Tagegelber und Freifahrt entzogen. — Bei der Totenfeier an den deutschen Kriegergräbern hielt Gesandter Dr. Köster eine eindrucksvolle Friedensrede.

Befehlungsprozeß gegen einen Richter. In Budapest wird gegen den ehemaligen Richter Dr. Stefan Ragn und mehrere Mitangeklagte verhandelt, darunter einige Budapest Abokaten. Dr. Ragn soll im Einvernehmen mit den Uebrigen bei Konturken den Vermögensverwaltern und Buchführern dinständigen außerordentlich hohe Spesen zugestanden haben, von denen er dann ein Drittel oder die Hälfte des Betrages für sich beanspruchte.

